

Die Standort-Diskussion

Was bringt die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit im Trockendock?

Prof. Dr. Egon Matzner, geb. 1938 in Klagenfurt, leitet die Forschungsstelle für Sozialökonomie an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien. Prof. Dr. Jan Kregel, geb. 1944 in Dallas/Texas, lehrt Internationale Wirtschaft am John Hopkin's University Center sowie an der Universität in Bologna/Italien.

Die seit 1990 größer gewordene Flotte, die unter schwarz-rot-goldener Flagge segelt, hat seit 1992 an Tempo verloren. Ähnliches gilt für andere Flottenverbände in Europa, ja sogar für Japan. Allerorten fragt man sich, was die Ursachen dieses Rückschlages sind. Die einen plädieren auf Überbelastung. Und tatsächlich gibt es Schiffe, die zu teuer operieren und deshalb ihre Transportleistung nicht erbringen können. Die meisten meinen, daß zusätzlich die Qualität der Schiffe wie die Leistung gegenüber der internationalen Konkurrenz zurückgegangen ist und noch weiter zurückzugehen droht. Deshalb werden nicht mehr, sondern weniger Güter und Leistungen geschaffen als noch 1992; deshalb werden auch weniger Arbeitskräfte benötigt. Nicht genug damit: Die Belegschaften in den Werften und auf den Schiffen, ja auch in den Management-Etagen, müssen reduziert werden. Gleichzeitig müssen sich die verbleibenden Arbeits- und Führungskräfte mehr ins Zeug legen. Erst wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer härter, flexibler und mehr arbeiten, wenn also die Arbeitsproduktivität wieder ausreichend steigt und die Innovationsfreudigkeit der Ingenieure und Unternehmer zunimmt, erst dann wird die deutsche Flotte erneut an Leistungskraft und Tempo zulegen können. Dann wird endlich auch die Arbeitslosigkeit abnehmen. Um dieses Ziel möglichst rasch zu erreichen, ist es notwendig, die Arbeitslosen und Kranken, vor allem jene, die nur so tun, die Sozialschmarotzer, weniger zu unterstützen. Arbeit muß sich wieder stärker lohnen, damit sich die notwendige Mühe um die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit einstellt.

So oder ähnlich läßt sich das, was als These von dem gefährdeten Industriestandort Deutschland die Diskussionen auch über die Ursachen der Arbeitslosigkeit beherrscht, bildhaft darstellen. Standort-Diskussionen dieser Art finden zur Zeit auch in anderen OECD-Ländern statt. So werden auch die Maßnahmen begründet, die zur Reduktion der direkten und indirekten Kosten sowie der von den Unternehmungen und deren Eigentümern zu tragenden Steuern und Abgaben ergriffen werden. Zu fragen ist deshalb: Reicht die Theorie von der gefährdeten Konkurrenzfähigkeit des Standortes, z. B. Deutschlands, als Erklärung für Wachstumsverlangsamung bzw. den Rück-

gang des Sozialprodukts und das damit einhergehende Ansteigen der Arbeitslosigkeit aus?

Die Antwort lautet: nein! Zwar stimmt es, daß Unternehmungen und Regionen gefährdet sind. Das aber soll ja in einer Marktwirtschaft so sein! Maßnahmen zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit von Unternehmungen, Regionen, Volkswirtschaften sind deshalb, mehr oder minder, stets geboten. Doch die tatsächliche Leistungserbringung ist keineswegs ausschließlich durch die überlegene Konkurrenzfähigkeit einer Unternehmung, Region, Volkswirtschaft gewährleistet. Dazu ist zusätzlich eine ausreichende wirksame Nachfrage erforderlich. Um beim eingangs gegebenen Bild zu bleiben: Für die Erbringung der vollen Transportleistung, insbesondere für die Beschleunigung des Tempos, müssen die in Deutschland und von Deutschland aus operierenden Schiffe selbstverständlich international konkurrenzfähig sein. Das allein reicht aber nicht. Es muß auch der Pegelstand in dem System der Wasserstraßen, deren Breite, Tiefe und Vernetzung über Schleusen stimmen. Das aber ist, verstärkt seit dem Ende der kommunistischen Herrschaft in der internationalen Wirtschaft, nicht der Fall. Das Niveau der effektiven Nachfrage ist zu niedrig, um die Erzeugungskapazitäten selbst aller hochproduktiven Unternehmungen auszulasten. Solange dies so ist, werden die Bemühungen, deren Konkurrenzfähigkeit zu verbessern, insgesamt nichts nutzen. Der Marktanteil, den die Firma A dazugewinnt, verliert die Firma B. Arbeitsplätze gehen nicht nur bei B, sondern auch bei A wegen der steigenden Arbeitsproduktivität verloren. Worauf es also ankommt, ist die *Erweiterung des Marktes*. Das geht nicht ohne Erhöhung der effektiven Nachfrage, also der Zunahme der Unternehmungsausgaben für Investitionen, der Konsumentenausgaben für private Güter und Leistungen, der Regierungsausgaben für öffentliche Leistungen und/oder der Verkäufe (oder Wirtschaftshilfe) ans Ausland. Leider ist, was die Volkswirtschaft betrifft, nicht so einfach zu erkennen, daß die effektive Nachfrage (der „Geldstand“) zu niedrig ist, wie dies bei einem zu niedrigen Wasserstand der Fall ist. Eine Maßzahl sind die Ersparnisse (abzüglich der Kreditaufnahme), die die privaten Haushalte in der Volkswirtschaft aus Löhnen und Gewinnen bilden. Sie sind in allen reichen Ländern positiv. Werden sie nicht von den Unternehmungen zur Investitionsfinanzierung oder vom Ausland ausgeliehen, dann kommt es zu einem Nachfrageausfall und zu Überkapazitäten. Der verbleibende Ersparnisüberschuß wird automatisch als Budgetdefizit absorbiert.¹ Schon aus diesen Zusammenhängen zeigen sich vier wichtige Konsequenzen für die Vollbeschäftigungspolitik.

1. Hohe internationale Konkurrenzfähigkeit erleichtert die Absorption des Ersparnisüberschusses im Ausland, gleichgültig ob als Export oder als Transfer.
2. Hohe Auslastung und Beschäftigung erleichtern die Absorption der Ersparnisse durch Investitionen.

¹ Dazu J. Steindl, *The Role of Household Savings in the Modern Economy*, in: J. Steindl, *Economic Papers 1941 bis 1988*, New York 1990 (Erstveröffentlichung 1982) sowie A. Guger/E. Walterskirchen, *Budget- und Geldpolitik im Übergang von armen zu reichen Industriegesellschaften: Vorschläge von Keynes und Kalecki*, in: E. Matzner/J. A. Kregel/A. Roncaglia (Hrsg.), *Arbeit für alle ist möglich*, Berlin 1987.

3. Umverteilung der hohen zu den niedrigen Einkommen verringert die Ersparnisbildung der privaten Haushalte.
4. Reichen 1. bis 3. zur Absorption des privaten Ersparnisüberschusses nicht aus, dann folgen daraus Budgetdefizite sowie wachsende Staatsschuld, und zwar unabhängig davon, ob die Politiker verschwenderisch, die Beamten ineffizient usw. sind oder nicht. Die Kehrseite der „Tugend“ des Sparens ist dann die „Untugend“ des staatlichen Schuldenmachens.

Das zeigt schon, wie unsinnig es ist, das Staatsbudget und die Staatsschulden allein als Maßstab der Solidität einer Volkswirtschaft zu nehmen. Es kann also zu wenig effektive Nachfrage geben, weil zuviel Ersparnisse (d. h. Geldkapital) vorhanden sind.

Ahnliches zeigt sich bei Betrachtung der internationalen Wirtschaft. Wir werden sehen, daß das internationale Geldsystem den internationalen Warenaustausch behindert und damit auch die Ausweitung von Produktion und Beschäftigung. Gleichzeitig werden auf den internationalen Märkten Geldsummen transferiert, die ein Vielfaches des Warenvolumens ausmachen. Es gibt zuwenig Produktion und Austausch von Waren und gleichzeitig zuviel Finanztransaktionen. Das bedingt sich ebenfalls gegenseitig, auch wenn dies nicht unmittelbar einsichtig ist. Die Verständnisschwierigkeiten werden schließlich noch dadurch erhöht, daß mit zunehmender Liberalisierung der Märkte für Güter, Dienstleistungen und Geld/Kapital die Volkswirtschaften in die internationale Wirtschaft nahezu grenzenlos eingebettet sind. Die Niveauunterschiede in einem solchen System kommunizierender Geldströme, wie es die internationale Wirtschaft darstellt, werden immer geringer. Nationale Impulse sind zwar für Länder mit Wettbewerbsvorteilen und Leistungsbilanzüberschüssen noch immer möglich, sie erhöhen noch immer die Beschäftigung.² Solche Initiativen zerrinnen jedoch rasch und werden deshalb in keinem Land systematisch ergriffen. Diese wichtige internationale Ursache der gegenwärtigen Beschäftigungskrise wird in den „Standort-Diskussionen“ nahezu ignoriert - leider auch zunehmend in den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer. Wir halten das für ein verhängnisvolles Versäumnis; denn eine konkurrenzfähige Volkswirtschaft wird genausowenig automatisch flottgemacht, wenn die effektive Nachfrage nicht ausreicht, wie ja auch die besten Schiffe nicht flottgemacht werden können, wenn die Wasserwege zu wenig Wasser führen. Das internationale Währungssystem ist nunmehr in einem Zustand, der bereits die Alarm sirene auslösen sollte: ein weiterer Grund, sich diese Krisenursache näher anzuschauen.³

Fortsetzung der Weltwirtschaftskrise von 1930?

Nehmen wir an, wir stünden noch einmal im Jahre 1946. Wir versuchen die Nachkriegssituation in der Weltwirtschaft zu beschreiben:

2 HJ. Herr/H.-P. Spann, Staatsverschuldung, Zahlungsbilanz und Wechselkurse. Außerwirtschaftliche Spielräume und Grenzen der Fiskalpolitik, Regensburg 1989.

3 Ausführlich in: J. A. Kregel, A Post Keynesian Exploration of the Causes of the Current World Slump, in: Schriftenreihe des Dipartimento di Scienze Economiche Nr. 182, 1993.

In dem eben befreiten Europa stagniert die Produktion. Die Beseitigung der staatlichen Kontrollen in Zentral- und Osteuropa hat ökonomisches Chaos und an einigen Orten Hungersnöte und Krankheiten hervorgerufen. Die Rüstungsindustrie, mit der Notwendigkeit des Übergangs auf zivile Produktion konfrontiert, entläßt Arbeitnehmer und schließt Produktionsstätten. Arbeitnehmer, die neue Arbeitsplätze suchen, erfahren, daß ihre Qualifikationen nicht mehr gebraucht werden. Das trifft Arbeiter wie Angestellte. Auf dem Balkan geht der Krieg weiter. Unkontrollierte Massenauswanderung und die Rückkehr zu nichtdemokratischen Regierungsformen werden befürchtet. In den USA steigt die Arbeitslosigkeit bei stabilem Preisniveau. In den Bankbilanzen ist der Wert der Regierungsanleihen höher als der Wert der Kredite an den Unternehmenssektor.

Diese fiktive Darstellung zeigt, wie ähnlich die Verhältnisse in Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges jenen nach dem Ende des Kommunismus sind. Hätten wir 1946 eine Prognose erstellt, dann hätte man vermutlich die vergangenen Jahre extrapoliert. Die Weltwirtschaft war anscheinend der Großen Weltwirtschaftskrise nur deshalb entkommen, weil die Rüstungsausgaben und die Truppenstärke wieder erhöht wurden. Die Demobilisierung nach dem Ende des Krieges und die Einschränkung der Rüstungsproduktion würden nach der besagten Prognose dazu führen, daß die Weltwirtschaftskrise sich dort fortsetzen würde, wo sie 1939 stand. Für die aus den Armeen entlassenen Soldaten würde es keine Arbeitsplätze geben, und die fleißigen Arbeiterinnen in den Munitionsfabriken müßten wieder zurück in ihre Küchen. Die verarmten Europäer, die nicht die Ersparnisse zur Finanzierung des Wiederaufbaus aufbringen könnten, würden zu wirtschaftlicher Stagnation verdammt sein. Der legendäre amerikanische Vorschlag, aus Deutschland wieder ein Agrarland zu machen, erschiene dann nicht als Vergeltungsmaßnahme eines Siegers, sondern auch als wirtschaftlich notwendig.

Wenn wir nicht zufällig russische Ökonomen gewesen wären, die unerschütterlich an die Effizienz und die Selbstheilung der Marktwirtschaft glauben, dann hätten wir auf eine Fortsetzung der Weltwirtschaftskrise getippt. Die Prognose wäre also 1947 genauso gewesen wie 1937, lediglich die Erhöhung hätte sich modisch angepaßt. Anstelle der Erklärung der Ursachen der Depression mit zu hohen Löhnen und zu hohen Staatsausgaben, die vor dem Weltkrieg die private Ersparnisbildung zur Investitionsfinanzierung beschränkte, träte die „keynesianische“ Erklärung der zu geringen privaten Ausgabentätigkeit. Am tatsächlichen Wirtschaftsverlauf hätte sich kaum etwas geändert - allerdings nur kurzfristig. Denn die internationale Wirtschaft holt gegenwärtig die Nachkriegs-Depression nach, die von allen nach 1945 erwartet wurde, weil die Faktoren, die deren Eintreten damals verhinderten, nicht mehr wirksam sind. Die Erklärung der gegenwärtigen Depression zeigt damit gleichzeitig die Kräfte auf, die zum relativen Erfolg bei der Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Stagnation in den Industrieländern beigetragen haben.

Vier Ursachen der gegenwärtigen Depression

Der *erste* und am deutlichsten sichtbare Faktor der gegenwärtigen Depression ist die erwartete Senkung der Rüstungsausgaben. Sie wurde auch für die Zeit nach 1945 erwartet. Wegen des Kalten Krieges kam es jedoch zum Rüstungswettlauf. Dazu löste dieser den entscheidenden Impuls zu dem Marshall-Plan und der dadurch erfolgten Finanzierung des westeuropäischen Wiederaufbaus aus. Den *zweiten* Faktor bildet die Aufgabe des Glaubens an eine Politik, durch aktive Regierungsmaßnahmen den Kurs der Gesamtwirtschaft beeinflussen zu können. Das ist die Rückkehr zu einer Position, die vor Keynes allgemein akzeptiert war. Unterstützt wird dieser Politikpessimismus durch die effektiv abnehmende Wirksamkeit der Budgetpolitik bei der Stabilisierung der Produktion und der Preise. Der Übergang zu einer Politik des „knappen Geldes“ in einer Situation, die durch hohe und wachsende Staatsschuld sowie durch Zinssätze, die über der Wachstumsrate des Volkseinkommens lagen, geprägt ist, hat die Zinsenlast ansteigen lassen. Versuche, die Verschuldung zu bremsen, haben die Zusammensetzung der Budgetausgaben von Investitionen zu privaten Konsumausgaben und von öffentlichen Konsumausgaben zu Zinszahlungen und anderen gesetzlichen Verpflichtungen wie Renten und Gesundheitsausgaben, verschoben. Von einem gegebenen Anteil von Staatsausgaben am Volkseinkommen geht dadurch eine abnehmende Wirkung auf Nachfrage und Beschäftigung aus.

Die *dritte* Einflußgröße bildet die Rückkehr zu Verhältnissen auf den internationalen Finanzmärkten, wie sie zwischen den beiden Weltkriegen vorherrschten. Ausgelöst wurde dies durch den ersatzlosen Zusammenbruch des Bretton Woods-Abkommens, das nach Kontrollen für internationale Kapitalflüsse und die internationale Koordination der Währungspolitiken vorsah, um dadurch die Wechselkurse stabil zu halten. Die achtziger Jahre kennzeichneten deshalb zunehmend hektischer werdende Kapitaltransaktionen sowie steigende Ungleichgewichte im Zahlungsverkehr. Sie hatten große Änderungen bei Wechselkursen und nachfolgende Auswirkungen auf die Waren- und Kapitalströme in den Industrieländern zur Folge. Das lenkte überdies die Kapitalströme von den Entwicklungsländern zu den Industrieländern. Den *vierten* Faktor bildet die Fähigkeit des amerikanischen Bankensystems, den Aufschwung in den USA bei niedrigen und stabilen Zinssätzen zu finanzieren. Nach 1945 verfügten die Banken über hohe Bestände an Regierungsanleihen, mit denen der alliierte Militäreinsatz finanziert worden war. Von 1980 an verzeichneten die Banken hohe Kreditverluste; das zwang sie zu hohen Abschreibungen und Zinssätzen, was wiederum die Kredite an den Unternehmenssektor verringerte. Das endete dann bei einer Deflation von Vermögenswerten, allen voran bei Grundstücken, ähnlich jener, die in den dreißiger Jahren stattgefunden hat. Diese vier Faktoren ergeben insgesamt eine Konstellation, die jener sehr nahekommt, aus der man einst übereinstimmend die Nachkriegsdepression vorhersagte.

Der arbeitsplatzvernichtende internationale Ausgleichsmechanismus

Der Hauptgrund für die anhaltende Depression, in der sich die meisten Länder befinden, hegt in dem arbeitsplatzvernichtenden Ausgleichsmechanismus, der schon in dem Bretton Woods-Abkommen angelegt war. Die genannten vier Faktoren haben seine zerstörerische Wirkung bis zum Ende des Kalten Krieges, wenngleich mit abnehmender Wirkung, in Schranken gehalten. Seither zeigen sie ihre Wirkung ungehindert. Der Kern besteht darin, daß Länder mit einem Importüberschuß (also Schuldner-Länder) zur Beseitigung des Außen-Defizites zur Drosselung von Produktion und Beschäftigung gezwungen sind, um ihre internationalen Wirtschaftsbeziehungen wieder ins Lot zu bringen. Dadurch reduzieren sie aber auch die Nachfrage in jenen Ländern, in denen die Importgüter hergestellt werden, was die Produktion und die Beschäftigung insgesamt weiter drosselt. Dieser permanent wirkende Teufelskreis senkt die Gesamtnachfrage und -beschäftigung. Solange diese zerstörerische Wirkung anhält, kann Vollbeschäftigung in den OECD-Ländern nicht wiederhergestellt werden. Ist denn eine Wende zu einer produktions- und beschäftigungsmehrenden Wechselwirkung nicht möglich? Sehr wohl! Da sich in der Weltwirtschaft die Defizite der Schuldner-Länder und die Überschüsse der Gläubiger-Länder immer die Waage halten, ist es möglich, daß die Gläubiger-Länder durch bewußte Ankurbelung ihrer Wirtschaften die Nachfrage insgesamt und damit auch nach Importprodukten erhöhen. Als Folge verringerten sich ihre eigenen Außenhandelsüberschüsse und damit gleichzeitig die Defizite der Schuldner-Länder.

Die USA haben nach dem Zweiten Weltkrieg, nicht zuletzt durch den Marshall-Plan zur Finanzierung des Wiederaufbaus der europäischen Wirtschaften bewiesen, daß eine solche positive Wirkungskette von einem Überschußland initiiert werden kann. Daß dies damals geschah, war nicht so sehr dem höheren Sachverstand der Führungsschicht in den USA geschuldet. Vielmehr hätten sich die Demokratien in dem damals voll entbrannten Systemwettbewerb mit der Sowjetunion eine Depression mit hoher Arbeitslosigkeit politisch nicht leisten können. Hinter der „Atlantischen Charta“, die die Friedensziele der USA definierte, spielte aber zweifellos auch das aufgeklärte Verantwortungsbewußtsein der damals dominierenden Kreise gegenüber denjenigen in der Gesellschaft eine gewichtige Rolle, die ohne wirtschafts- und gesellschaftspolitische Maßnahmen zu materieller Not verurteilt sind. Ist mit diesem Verantwortungsbewußtsein heute nicht mehr zu rechnen?

So stehen wir also heute vor den negativen Folgen des ungelösten Problems des „asymmetrischen internationalen Anpassungsmechanismus“, wie der beschriebene Teufelskreis in der Fachsprache heißt. Diese werden noch durch zwei weitere Faktoren verstärkt. Zu diesen zählt *erstens* die Dominanz der D-Mark im europäischen Währungssystem. Sie fußt auf der Wettbewerbsstärke der deutschen Wirtschaft und der Härte der Bundesbank bei der Erringung und Verteidigung dieser Position. Sie kommt in Exportüberschüssen zum Ausdruck und tritt heute in der Hochzinspolitik in Erscheinung. Beide signali-

sieren den internationalen Kapitalanlegern, daß die D-Mark sicher ist. Beide Erscheinungen aber reduzieren Investitionen, Produktion und Beschäftigung in Deutschland und im Ausland. Bei einem hohen Exportüberschuß werden die Defizitländer zu einer Drosselung ihrer Wirtschaftstätigkeit gezwungen. Dasselbe tritt ein, wenn die hohen deutschen Zinsen die Länder mit schwächeren Währungen zum „Mitgehen“ zwingen, um nicht die Spekulationen gegen die eigene Währung herauszufordern. Die Dominanz der D-Mark ist für viele Deutsche bekanntlich ein hoher Wert. Wenige wissen, daß dieser Wert einen beträchtlichen Preis hat: nämlich mehr Arbeitslose im In- und Ausland. Damit soll nicht gegen die Solidität und Stabilität der Währung votiert werden. Denn, wie die Nachkriegsgeschichte gezeigt hat, bedeutet hohe Beschäftigung nicht notwendigerweise hohe Inflation.⁴

Den *zweiten*, die Depression verstärkenden Faktor bilden die Konvergenzkriterien, die in Maastricht als Beitrittsbedingung zur Europäischen Währungsunion festgelegt wurden. Alle jene Länder, die Mitglied der Europäischen Union sind oder es werden wollen und die die Kriterien noch nicht erfüllen, und die deshalb die Wirtschaftsabläufe drosseln, um die Inflationsrate, die Zusätze und den Anteil des Budgetdefizits und der Staatsschuld am Volkseinkommen in Einklang mit den Zutrittsbedingungen zu bringen, tragen zu dem beschäftigungszerstörerischen Teufelskreis bei. Jene wenigen hingegen, die die Kriterien erfüllen, sehen keinen Anlaß, ihre Wirtschaft anzukurbeln. Das Fazit: Der Teufelskreis zieht weitere Kreise. Besonders hart trifft die „Fortsetzung der Weltwirtschaftskrise“ die postkommunistischen Länder. Sie sind nicht nur durch all die Nachkriegserfahrungen in den Wind schlagenden Schock-Therapien gelähmt: Auch im Jahre 5 nach der Geburt der Marktwirtschaft zeichnet sich noch keine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Nettoinvestitionen ab. Nicht nur gibt es kein Wiederaufbauprogramm, das am Marshallplan Maß nimmt,⁵ vor allem: Die Depression verringert auch die Möglichkeiten der Transformationsländer, ihre Exporte in die Industrieländer auszuweiten und für die Erlöse in den Industrieländern mehr Güter zu kaufen.⁶

Nochmals: Was gefährdet den Standort?

Auch wenn wir die These vertreten, daß der „asymmetrische Anpassungsmechanismus“, der das internationale Währungssystem prägt, die Hauptursache für die wachsende Arbeitslosigkeit in Europa und der Welt ist, so heißt das nicht, daß die angebotsseitigen Einflüsse der Wettbewerbsstärke geringgeschätzt werden dürfen. Wie schon gesagt wurde: Wer in der Marktwirtschaft bestehen will, dem stellt sich dies als eine ständige Aufgabe. Nur: Wer sich auf die Verbesserung der Angebotsbedingungen beschränkt, dem wird es bestenfalls gelingen, anderen Marktanteile abzunehmen. Dabei sollte es das erste

4 G. D. N. Worswick, Lessons from Stabilisation in the West for Eastern Countries, in: C. T. Saunders (Hrsg.), East-West European Interaction, Vol. XV, London 1994.

5 Zu dem 1947 alle europäischen Länder eingeladen waren: In der CSR, die die Einladung angenommen hatte, folgte prompt der kommunistische Putsch.

6 E. Matzner/J. A. Kregel/G. Grabher, Der Markt-Schock. Eine Agenda für den sozioökonomischen Wiederaufbau Zentral- und Osteuropas, Berlin 1992.

Ziel der Standortpolitik als Beschäftigungspolitik sein, die Märkte auszuweiten. Dann könnte eine verbesserte Wettbewerbskraft zum Tragen kommen, ohne daß dadurch andere aus dem (Arbeits-)Markt gedrängt werden.⁷

Wider die falsche Notwendigkeit

Die Schaffung einer internationalen Währungsordnung, die den Mangel des asymmetrischen Anpassungsmechanismus sowie die daraus entstehende Währungs-Konkurrenz, die die internationalen Finanzmärkte beherrscht und zur nachfragedrosselnden Währungs-Dominanz führt, ist gewiß keine leichte Aufgabe. Sie anzugehen erfordert große intellektuelle, organisatorische, politische und auch moralische Anstrengungen. Das ist aber kein Grund, diese Aufgabe nicht zu formulieren und für ihre Verwirklichung, wie unvollkommen auch immer sie geringen mag, einzutreten. Was heute ist, ist nicht notwendigerweise vernünftig und auch nicht einmal notwendig. Alles was ist, verändert sich und ist veränderbar. Deshalb ist eine Sichtweise als defätistisch abzulehnen, die die Dominanz der internationalen Kapitalmärkte als unabänderliches Schicksal akzeptiert. Wiederum ist nichts gegen Lohnkostenzuschüsse für neue Arbeitsplätze zu sagen.⁸ Damit kann überdies ein Beitrag zum Abbau von empfindlichen Versorgungslücken (z. B. im Betreuungsbereich) geleistet werden. Mit einem Programm zur Bewältigung des Beschäftigungsproblems in den Industrieländern hat das freilich wenig zu tun. Das gleiche gilt, wie unlängst wieder gezeigt wurde,⁹ für Arbeitszeitverkürzungen, die nicht durch eine Zunahme der Arbeitsproduktivität gedeckt sind.

Standortfaktor Wirtschaftspolitik

Gesucht¹⁰ ist also eine wirtschaftspolitische Konzeption, die durch angebotsseitige Maßnahmen die Leistungskraft der Unternehmungen in Deutschland (als Beispiel für alle) stärkt und gleichzeitig deren Nutzung durch eine international zu sichernde und national zu stützende Versorgung mit effektiver Nachfrage zu nützen erlaubt. Zu schaffen ist danach ein sozioökonomischer Kontext, der die Ausweitung von Produktion und Beschäftigung zum Interesse von

7 Ob aber die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit mit harter Rationalisierung und scharfer Kostenreduktion gelingen kann, ist freilich nicht sicher. Nicht alle Redundanzen sind unproduktiv: Innovationsfähigkeit ist hierfür ein Lehrbeispiel (s. dazu G. Grabher, Lob der Verschwendung, Redundanz und Regionalentwicklung, Berlin 1994). Der Abbau von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten, der nun nicht nur die neuen Bundesländer trifft, sondern auch in den dynamischen Regionen im Süden Deutschlands stattfindet, nährt gewisse Zweifel.

8 F. W. Scharpf, Von der Finanzierung der Arbeitslosigkeit zur Subventionierung niedrig entlohnter Erwerbsarbeit, in: GMH 7/93.

9 E. Appelbaum, R. Schettkat, Labor Market Developments in Industrialized Economies: Explaining Command and Diverging Trends, Diskussionspapier FS193-208, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

10 Das Forschungsprogramm 1984 bis 1989 des Schwerpunktes „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“ des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hat sich dieser Frage gewidmet. Antworten dazu sind u. a. dokumentiert in E. Matzner, Beschäftigung und Ordnungspolitik, in: E. Kantzenbach/O. G. Mayer (Hrsg.), Beschäftigungsentwicklung und Arbeitsmarktpolitik (Schriftenreihe des Vereins für Sozialpolitik N. F. Bd. 219) Berlin 1992; Matzner/Kregel/Roncaglia (Hrsg.), Arbeit; E. Matzner/W. Streeck (Hrsg.), Beyond Keynesianism. The Socio-Economics of Production and Full Employment, Aldershot 1994 (2. Aufl.); E. Matzner/J. A. Kregel/ G. Grabher, Der Markt-Schock. Eine Agenda für den sozio-ökonomischen Wiederaufbau Zentral- und Osteuropas, Berlin 1992.

Unternehmungen und marktexternen Institutionen sowie den Arbeitssuchenden macht.¹¹ Dafür gibt es sehr viele entwicklungsökonomische sowie sozial und ökologisch wünschenswerte Gelegenheiten. Auszuschließen wären nur solche, die als zerstörerisch erkannt und abgelehnt werden.

Das Problem ist im Kern erkannt: Das Beschäftigungsproblem kann nicht allein im Inland bewältigt werden. Die Politik muß die internationalen Wechselbeziehungen und vor allem den asymmetrischen Anpassungsmechanismus kompensieren oder besser noch durch einen symmetrischen ersetzen. Das beginnt bei der Expansionspolitik der Überschußländer, wäre fortzusetzen durch eine entschlossene Unterstützung der Europäischen Währungsunion einschließlich der Neudefinition der Eintrittsregeln sowie durch die Etablierung einer Ost- und Zentraleuropäischen Zahlungsunion. Sie sollte erst bei der Neudefinition der Regeln des Internationalen Währungs-Fonds enden. Nur dadurch werden die Standorte Deutschland (und so fort) florieren können. Solange dies nicht der Fall ist, bleibt die Wirtschaftspolitik säumig.

Die Standorte Deutschlands usw. werden nur florieren können, wenn die Wirtschaftspolitik die Wirkungen ihres Handelns auf sich *und* auf die anderen berücksichtigt. Dies ist *die* Herausforderung für jede Strategie nationaler Währungs- und Wirtschaftspolitik, die die existierenden internationalen Beschränkungen überwinden will. Solange diese Herausforderung nicht aufgenommen wird, bilden die säumigen Währungs- und Wirtschaftspolitiken jene Faktoren, die die Standorte am meisten gefährden. Die Einsicht, daß dies auch in Deutschland der Fall ist, sollte den am stärksten Betroffenen und ihren Gewerkschaften nicht allzu schwer fallen.

¹¹ Matzner/Streeck (Hrsg.), Keynesianism.